

Vorsitzender Bellinghausen begrüßt Herrn Palma vom Büro Ökoplan Essen und erteilt diesem zur Vorstellung seiner ersten Ergebnisse das Wort.

Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Herr Liene merkt im Anschluss an die Präsentation an, dass er heute eigentlich konkretere Ergebnisse erwartet habe. Beispielsweise eine Landkarte aus welcher hervorgeht, an welchen Stellen die Positivflächen theoretisch ausgewiesen werden könnten.

Herr Tandler berichtet, dass das Thema im Regionalrat, in welchem er selbst Mitglied sei, aktuell sehr intensiv diskutiert werde. Man warte seitens des Regionalrates derzeit immer noch auf die Ergebnisse der Bezirksregierung für den Rhein-Sieg-Kreis und somit auch für Eitorf. Grundsätzlich stehe fest, dass jedermann Windenergie haben wolle, jedoch nicht vor der eigenen Türe. Die größte Aufgabe werde neben den ständigen gesetzlichen Veränderungen daher sein, die Akzeptanz in der Bevölkerung herzustellen.

Frau Straßek-Knipp bestätigt, dass der Regionalrat derzeit selber noch nach Flächen suche. Dieser Umstand sei auch der Grund dafür, dass der Ausschuss heute noch keine Karte mit Flächenvorschlägen vorgelegt bekommen habe. Mit dem Büro Ökoplan sei vereinbart worden, dass die ersten Kartenvorschläge parallel zur Regionalplanaufstellung im November-Ausschuss präsentiert werden sollen. In der heutigen Sitzung habe man lediglich das Spannungsfeld und die rechtlichen Grundlagen darstellen wollen.

Bürgermeister Viehof fragt, mit welchen Konsequenzen zu rechnen sei, wenn die Gemeinde die Daten für die Regionalplanung bis zum 01.02.24 nicht an den Regionalrat weitergegeben habe.

Herr Palma erläutert, dass der 01.02.24 nur dann maßgeblich sei, wenn man bis dahin eine Konzentrationszonenplanung mit Ausschlusswirkung zum Abschluss bringen könne. Fest stehe bereits heute, dass man dies zeitlich nicht mehr schaffe. Aus diesem Grund habe man sich alternativ für die Durchführung einer Positivplanung entschieden. Die Frist bis zum 01.02.24 spiele dabei keine Rolle mehr.

Herr Liene verdeutlicht die Schwierigkeit des ganzen Themas. Die Lenkungswirkung, die man mit den Konzentrationsflächen ursprünglich erhalten wollte, sei nun weggefallen. Wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen erfüllt seien, könne überspitzt gesagt nahezu überall ein Windrad aufgestellt werden. Es sei daher enorm wichtig so schnell wie möglich eine gute Positivliste zu erstellen, um über die Regionalplanung noch konkret Einfluss nehmen zu können.

Frau Faßbender gibt vor dem Hintergrund, dass Fläche auch in Eitorf ein begrenztes Gut sei, zu bedenken, dass man bei der Auswahl der einzelnen Flächen auch andere Nutzungsmöglichkeiten prüfen müssen, um auf dieser Grundlage entscheiden zu können, ob die jeweilige Fläche für Windenergie genutzt werden soll oder doch anderweitig benötigt werde.

Frau Straßek-Knipp antwortet, dass die Flächen, die die Gemeinde Eitorf als Positivplanung vorschlagen werde, überwiegend in im Außenbereich befindlichen Walgebieten liegen werden. Die Flächen seien für eine anderweitige Nutzung in der Regel nicht geeignet. Eine konkurrierende Planung mit Wohnbauflächen oder Gewerbeflächen werde daher ohnehin nicht möglich sein. Sie stellt ferner klar, dass auch die Verwaltung zügig eine Positivplanung aufstellen wolle, damit man bei der Beteiligung zur Aufstellung des Regionalplanes schon einmal die ersten Vorschläge melden könne. Ob diese in irgendeiner Form berücksichtigt würden, wisse man noch nicht. Nichtsdestotrotz sei man dann aber zumindest vorbereitet.

Herr Tendler berichtet, dass es aktuell rund 10.000 Einsprüche zum Regionalplan gebe. Nach deren Sichtung werde die Bezirksregierung zu diesen ganzen Einsprüchen eine Stellungnahme abgeben müssen. Aus diesem Grund erachtet er den von Straßek-Knipp genannten Termin im November für sehr problematisch. Es gebe noch keine zeitlichen Abläufe und Personalmangel sei auch bei der Bezirksregierung ein Thema. Seiner Meinung nach solle man mit Zeitangaben daher sehr vorsichtig sein.

Frau Straßek-Knipp weist darauf hin, dass sich ihre Zeitangabe nicht auf den Regionalplan als solchen bezogen habe. Sie habe lediglich klarstellen wollen, dass man dem Ausschuss im November erste mit dem Büro Ökoplan erarbeitete Flächen vorstellen wolle, um sich für den Zeitpunkt, in dem die Bezirksregierung die Gemeinde bei der Aufstellung des Regionalplans beteiligt, vorzubereiten. Flächen, die aus Sicht der Politik und der Verwaltung geeignet seien, könne die Verwaltung dann umgehend an die Bezirksregierung melden.